



## Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdL a.D., Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, E. Kopp, H. Leverkus, BM B. Lisbach, B. Meier-Augenstein, OB a.D. J. Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, A. Salomon MdL, U. Schäfer, Min. a.D., B. Schäfer-Wiegand, C. Schmiedel, MdL a.D. R. Schmitt-Illert, A. Schoch MdL, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, J. Stober MdLa.D., T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, Prof. Dr.-Ing. R. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

10. April 2021

## **Antwort der Landesvereinigung Baden in Europa auf die Stellungnahmen der CDU auf die Wahlprüfsteine.**

### **1) Zentralismus**

Hier haben Sie auf die Strukturstärke des badischen Landesteils hingewiesen, die uns natürlich voll bewusst ist und aus der wir auch ableiten, dass diese Stärken viel zu wenig von der Landespolitik anerkannt werden, in denen staatliche Einrichtungen, wie zum Beispiel Museen in Karlsruhe, Nationaltheater in Mannheim lange vernachlässigt waren. Die zentralistische Politik, die insbesondere die CDU in den vergangenen Jahrzehnten mit der Überlastung des Stuttgarter Raumes zulasten des gesamten Landes betrieben hat und die wir schon lange angeprangert haben und die wir hier ansprechen, nehmen Sie offensichtlich, ob bewusst oder unbewusst, nicht auf. Die von Ihnen genannte Ansiedlung des Max-Planck-Instituts in Konstanz ist erfreulich, aber sie relativiert sich, wenn man die ungleich höheren Förderungen des Silicon Valley in Tübingen und der Batterieforschung Ulm sich ansieht.

Das von Ihnen angeführte neue Polizeipräsidium in Pforzheim ist schließlich nur die richtige Korrektur einer Fehlentscheidung, als die Zuständigkeit für den Raum Freudenstadt in das „Monsterpräsidium“ Karlsruhe verlegt worden war.

Auf unser wichtiges Anliegen, nämlich einer „Dezentralisierungsplanung“ und der damit verbundenen positiven Strukturpolitik nach dem Vorbild Bayerns, gingen Sie leider gar nicht ein. Für den Großraum Stuttgart wäre eine Entlastung dringend notwendig. Ich erinnere mich dabei an eine improvisierte Rede auf der Straße vor dem Landesmedienzentrum Stuttgart, nachdem wir für die Erhaltung eines privaten Rundfunksenders in Karlsruhe demonstrierten und dabei die Entlastung des Stuttgarter Raumes forderten. Von der Bevölkerung aus Stuttgart erhielten wir sehr starken Beifall.

### **2) Steuereinnahmen und Ausgaben und 3) Benachteiligung des badischen Landesteils**

Hier beschreiben Sie die theoretischen Ziele, aber leider nicht die Wirklichkeit. Die Messe Stuttgart und auch der Flughafen zB. wurden mit unvergleichlich höheren Landesmitteln zulasten des gesamten Landes und seiner Infrastruktur gebaut. Wir erinnern daran, dass die Messe Sinsheim sogar vernichtet wurde.

Nach den Staatshaushaltsplänen haben bis 2017 die badischen Universitäten 1,246 Millionen weniger Zuschüsse erhalten, wenn man die Studierendenzahlen, die in Baden um etwa ein Drittel höher sind, zu Grunde legt. Für Bibliotheken, Museen wurden im Zeitraum 2001-2019 in Baden nur 77,5 Millionen, dagegen im württembergischen Landesteil 223 Millionen investiert. Die Landesvereinigung konnte bisher nur stichprobenartige Untersuchungen verschiedener Förderprogramme in den Haushaltsplänen des Landes durchführen. Diese haben aber gezeigt, dass die Zuschüsse in nahezu allen Bereichen generell pro Einwohner im württembergischen Landesteil höher waren. Dabei haben wir bisher darauf verzichtet, auf die extrem hohen Kosten für die Infrastruktur aufgrund der topographisch sehr ungünstig gelegenen

Landeshauptstadt hinzuweisen. Die Kosten allein für den Straßenbau in den letzten Jahrzehnten sind durch Tunnelbauten und deren Unterhaltung extrem hoch. Das Großprojekt Stuttgart 21, das verkehrstechnisch und für die Kundenfreundlichkeit in der Tieferlegung des Hauptbahnhofs problematisch ist, verschlingt Milliarden Steuermittel und ist vor allem ein gigantisches Grundstücksgeschäft für die Stadt Stuttgart, aber eine Belastung für die Bevölkerung.

#### **4) Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO)**

Ihre Antwort entspricht leider auch nicht einem sichtbaren Engagement der CDU-Fraktion im Oberrheinrat. Nach unseren Recherchen engagieren sich zielorientiert von der CDU vor allem der Landrat von Karlsruhe, Herr Christoph Schnaudigel, wie sein Vorgänger, der Rastatter Landrat Jürgen Bäuerle sowie der Bundestagsabgeordnete Andreas Jung aus Konstanz. Von Regierungsseite hat in der vergangenen Legislaturperiode Frau Staatssekretärin Katrin Schütz gute Kontakte mit Frankreich geknüpft, aber die CDU-Fraktion im Oberrheinrat ist leider recht unauffällig. Die Arbeit im Oberrheinrat wird im Wesentlichen vom Vorsitzenden, Herrn Josef Frey und der Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer getragen.

Ein großer Fehler war die Reduzierung des französischen Unterrichts und damit der Lehre der französischen Kultur in der Unterstufe durch die Kultusministerin Frau Susanne Eisenmann. Hier ist dringend eine Korrektur vorzunehmen, die auch sehr von Politikerinnen und Politikern im Elsass begrüßt würde.

#### **5) Mobilität am Oberrhein**

Aus Ihrer Beantwortung dieser Frage geht einmal mehr das Defizit der CDU-Fraktion hervor, dass die Kompetenz der württembergischen Abgeordneten an der ehemaligen Landesgrenze von Baden oft endet und die badischen Abgeordneten nicht genügend in die Arbeit einbezogen werden.

Aus Ihrer Antwort ersehen wir, dass Sie die Anliegen Nord- und Mittelbadens in der Mobilität nicht kennen, denn trotz unserer Hinweise in der Fragestellung gehen Sie nicht auf die für die Region sehr wichtige Verbindung Röschwoog - Rastatt und darüber hinaus Karlsruhe und Saarbrücken sowie Straßburg ein. Das diesbezügliche Weißbuch, das von Bürgerinitiativen aus dem Elsass, Rheinland-Pfalz und Baden (darunter auch die Landesvereinigung Baden) erstellt und an alle Landtagsfraktionen vor Jahren versandt wurde, haben Sie noch nicht einmal erwähnt.

Die hoffentlich guten Beziehungen zwischen der CDU-Landtagsfraktion und der saarländischen Landesregierung, die an dieser Verbindung großes Interesse hat, könnte hilfreich sein. In Wintersdorf steht die alte Eisenbahnbrücke und im Elsass noch weitgehend eine Bahnlinie, die reaktiviert werden könnten.

Die Reaktivierung der Strecke Colmar-Freiburg in Verbindung mit industrieller Entwicklung von Fessenheim ist erfolgreich und vor allem dem guten Verhältnis der Region Freiburg und des Elsass in der TMO zu verdanken.

#### **6) Universitäten**

Ihre Antwort können wir erst diskutieren, wenn Ihre Fraktion die Fakten wirklich kennt. Wir übersenden Ihnen unsere Untersuchungen, die auf den Staatshaushaltsplänen und den Zahlen des statistischen Landesamtes basieren. Die von Ihnen angeführten Anzahlen der Studierenden und der Universitäten sind für uns nicht das Thema, sondern es geht um eine gerechte finanzielle Ausstattung. Auf die Zahlen, die Sie den Anlagen entnehmen können er-

warten wir Antworten der CDU-Fraktion. Schon vor Jahren hatte der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger (unser Ehrenmitglied) in einer diesbezüglichen Diskussion nur noch die Antwort gefunden:

„Sie kennen doch das Sprichwort: an der Quelle saß der Knabe“. Sie lieber Herr Reinhart haben in unseren vergangenen Diskussionen öfter geantwortet: „schauen wir nicht zurück, sondern nach vorne“, aber so geht es nicht mehr weiter.

In Ihrer Antwort sind Sie leider nicht auf die wichtigen Fragen im Bereich der Forschung KI und Batterieforschung eingegangen und haben auch zur Technologie keine konkreten Aussagen gemacht. Unsere Wissenschaftler in der Landesvereinigung waren über Ihre Antworten enttäuscht.

Autonomie für die Universitäten zum Beispiel wurde von der CDU-Fraktion in Baden-Württemberg lange Jahre verzögert, auch als die Landesvereinigung darauf verwies, dass Hessen bereits Anfang dieses Jahrhunderts mit großem Erfolg die volle Autonomie der Universitäten eingeführt hatte.

### **7) Historische Lernorte und Gedenkstätten**

Die Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine wurden von Mitgliedern, aber auch von Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Baden als enttäuschend bezeichnet. Dies gilt insbesondere für Ihre wenig konkrete Antwort zum Lernort Kislau. Hier geht es uns nicht um Proporz sondern um einen realen Gedenkort eines ersten KZ's, in dem aufrechte badische Demokraten schwer misshandelt und sogar zu Tode gebracht wurden. Wollen Sie unseren Kindern und Enkeln größere Reisen zumuten, um mit den Verbrechen der Nazizeit konfrontiert zu werden? Besonders die Zeitzeugen unter uns, auch ich, sind über Ihre Antwort, sehr verärgert, insbesondere wenn man weiß, wie viel im württembergischen Landesteil finanziell für diese Thema geleistet wurde, sehr verärgert.

gez

Prof. Robert Mürb  
1.Vorsitzender

1.Vorsitzender: Prof. Dipl.-Ing. Robert Mürb  
Andersenstr. 7, 76199 Karlsruhe  
Tel. 0721- 9896958, Fax 0721-882563  
E-Mail: [rmuerb@lv-baden.de](mailto:rmuerb@lv-baden.de)

[www.lv-baden.de](http://www.lv-baden.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Michael Obert,  
Bürgermeister a.D.  
E-Mail: [michael.obert@lv-baden.de](mailto:michael.obert@lv-baden.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Dr. Hubert B. Keller  
E-Mail: [hbk@dr-hbkeller.de](mailto:hbk@dr-hbkeller.de)